



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt**

**Landau in der Pfalz**

**am Donnerstag, 24.02.2011,**

**im Haus der Jugend**

Beginn: 17:00

Ende: 19:00



Anwesenheitsliste

SPD

Dirk Kratz

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Susanne Burckhardt

Martin Kolb

Dorothea Müller

Sascha Travnicek

Bündnis 90/Die Grünen

Dietrich Herdel

FWG

Wolfgang Gauer

UBFL

Pia Schneider-Roth

Vertreter der Vereinigungen der freien Jugendhilfe

Hans-Joachim Bouquet

Christian Dawo

Silke Thomas

Vertreter der Jugendverbände



Susanne Kaiser-Zech

Ursel Mantel

Sonstige

Elma Frey

Magdalena Schwarzmüller

Jörg Peter

Vertreter für Herrn Bachmann

Arno Schönhöfer

Berichterstatter

Claus Eisenstein

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Schriftführerin

Gisela Beck



## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Das Profil der Stadt Landau in der Pfalz:  
Daten zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung und ausgewählter sozio- und  
infrastruktureller Einflussfaktoren für das Jahr 2009
3. Besichtigung des Hauses der Jugend und Vorstellung der Abteilung "Jugendförderung"
4. Sonstiges



Öffentliche Sitzung



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses, die im Haus der Jugend stattfindet.

Einwände zur Tagesordnung gibt es nicht.

Die neuen Mitglieder im Jugendhilfeausschuss Frau Susanne Kaiser-Zech (Nachfolgerin von Frau Blumenrath) und Herr Arno Schönhöfer (Nachfolger von Herrn Süß) werden vom Vorsitzenden durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten verpflichtet.

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Das Profil der Stadt Landau in der Pfalz:

Daten zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung und ausgewählter sozio- und infrastruktureller Einflussfaktoren für das Jahr 2009

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Müller, den Geschäftsführenden des Instituts für Sozialpädagogische Fortbildung Mainz (ISM). Seit dem Jahr 2002 wird das Projekt durch das ISM im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur sowie aller 41 rheinland-pfälzischen Jugendämtern durchgeführt.

Herr Müller stellt den 3. Jahresbericht des Projekts und das vorliegende Profil für die Stadt Landau in der Pfalz aus dem Jahr 2009 vor. Präsentiert werden die zentralen Ergebnisse und Kernbefunde im Vergleich der einzelnen Jugendamtsbezirke in Rheinland-Pfalz. Durch Auswertung der erhobenen Daten sollen Informationen gewonnen werden, welche Ursachen und Hintergründe sich bedarfsbeeinflussend für die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung auswirken und welche Konsequenzen daraus gezogen werden können.

Die Erhebung macht deutlich, dass trotz einer rückgängigen Anzahl junger Menschen der Bedarf an erzieherischen Hilfen, insbesondere im Bereich der ambulanten Hilfen, erheblich steigt. Auffällig ist ein deutlicher soziostruktureller Unterschied zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Einflussgrößen wie familiärer Wandel, Armutsstruktur und Bevölkerungsentwicklung sowie Auswirkungen der Kinderschutzdebatte können zu einem größeren Bedarf an Hilfen führen. Aufgrund wachsende Fallzahlen und veränderte Anforderungen kommt es zu Überlastungsanzeigen bei den Mitarbeitern der Jugendämter. Insbesondere die Schnittstelle Hilfe zur Erziehung und Kinderschutz gewinnt an Wichtigkeit.

Insgesamt zeigt sich, dass die Stadt Landau im Vergleich der kreisfreien Städte bei einigen Daten relativ gut dasteht und in anderen Bereichen durchschnittliche Werte aufweist. Weitere Informationen sind der beigelegten Ausfertigung der Powerpoint-Präsentation zu entnehmen.

Der 3. Landesbericht kann unter der Internetseite des Ministeriums [www.masgff.rlp.de](http://www.masgff.rlp.de) heruntergeladen werden.

Frau Schwarzmüller bemerkt, dass die positiven statistischen Daten über die Armutslage in Landau nichts darüber aussagen, ob durch ein hohes Preisniveau in der Stadt der Zuzug von ärmeren Personen verhindert werde und inwieweit Alleinerziehende betroffen sind. Herr Müller verweist auf die Erhebungen zur Personengruppe der Alleinerziehenden. Diese Lebenslage ist höchst risikobehaftet und es besteht ein hoher Zusammenhang mit der Nachfrage nach Hilfen zur Erziehung. Erforderlich sind Präventivmaßnahmen und das frühe Einsetzen von Hilfen.

Durch einen breiten und bedarfsgerechten Ausbau ambulanter und teilstationärer Hilfen können stationäre Maßnahmen vermieden werden. Die Stadt Landau liegt durch die Umsetzung ihres Konzepts zum Ausbau der ambulanten Hilfen in diesem Bereich an der Spitze.

Frau Schwarzmüller interessiert, ob es Gegenüberstellungen gibt, ob ambulante oder stationäre Hilfen erfolgreicher sind. Herr Müller antwortet, dass hierzu keine allgemeingültige Aussage getroffen werden kann. Um den größtmöglichen Erfolg zu erzielen, sei es wichtig, zum richtigen Zeitpunkt die richtige Hilfe zu leisten. Zwei Drittel der gesamten Hilfemaßnahmen seien erfolgreich. In diesem Kontext gebe es aber noch einen großen Forschungsbedarf.

Ein weiteres wichtiges Thema der Jugendhilfe ist die Entwicklung der Hilfen für behinderte junge Menschen. Hier ist der Ausbau der Schnittstelle Schule – Jugendamt erforderlich. Die Aufgabenstellung ist jedoch nur im Zusammenwirken von Land und Kommune zu bewerkstelligen.

Frau Thomas stellt fest, dass die Statistik zwar Aussagen darüber treffe, dass Landau im Landesvergleich relativ gut dastehe, aber nicht darüber informiere, ob sich Landau in den letzten Jahren besser oder schlechter entwickelt habe. Sie fragt nach, ob eine Erhebung im Jahresvergleich möglich wäre.

Herr Eisenstein gibt zu bedenken, dass eine Bewertung des Begriffes „besser“ im Zusammenhang mit den Daten zur Inanspruchnahme der erzieherischen Hilfen sehr schwierig sei. Erforderlich sei, dass die



Maßnahmen gewährt werden, die bedarfsgerecht sind. Er regt an, im nächsten Bericht auch Fallzahlenänderungen für Landau darzustellen.

Herr Müller antwortet, dass das entsprechende Material vorliege. Der Fokus der Erhebung sei jedoch darauf gerichtet, neue Anforderungen und Entwicklungen sowie strukturelle Veränderungen aufzuzeigen und dadurch eine Hilfestellung bei der Planung neuer Konzepte zu bieten.

Herr Kratz merkt an, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen berücksichtigt werden sollte. Er fragt, ob es einen Zusammenhang zwischen dem zur Verfügung stehenden Budget und der Wirksamkeit der Fallbearbeitung gebe. Herr Müller erklärt, dass hierzu eine umfassende Wirkungsforschung unter Erhebung und Auswertung von zahlreichen Daten aus unterschiedlichen Perspektiven erforderlich wäre. Diese Aufgabe würde die Kinder- und Jugendhilfe vor Ort überfordern.

Herr Eisenstein ergänzt, dass auf Hilfen zur Erziehung ein Rechtsanspruch bestehe, unabhängig von der Frage des Budgets. Das Jugendamt müsse leisten, sobald ein Bedarf vorliege.

Frau Schwarzmüller erkundigt sich, unter welchen Kriterien Tagesmütter über das Jugendamt zugeteilt werden. Sie ist der Meinung, dass bei zu knappem Angebot, diejenigen Erziehungsberechtigten eine Tagesmutter erhalten sollten, die sie am dringendsten benötigen. Herr Eisenstein antwortet, dass eine steuernde Einwirkung oder Auswahl nicht möglich ist, da ein gesetzlicher Anspruch für alle Eltern vorliege. Je nach Einkommen wird jedoch eine finanzielle Beteiligung gefordert. Die Vermittlung erfolge je nach Eingang und Bedarf. Wichtiges Kriterium sei, wie die Tagesmütter und die Familien zueinander passen. Durch entsprechende Werbemaßnahmen werde versucht, neue Tagesmütter zu gewinnen und bereits gemeldete Tagesmütter zu halten.

Herr Hirsch dankt Herrn Müller für die interessante Präsentation und verweist auf aktuelle Entwicklungen im Jugendhilfebereich.

Er teilt mit, dass die Kommunen gesetzlicher Leistungsträger für das neue Bildungs- und Teilhabepaket werden. Für die anfallenden Aufwendungen werden die Kommunen im Bereich der Grundsicherung entlastet. Das Paket beinhaltet insbesondere Leistungen für Mittagessen, Teilhabe z.B. an Musikunterricht oder Vereinsmitgliedschaft sowie Schulsozialarbeit.

Neuerungen gibt es auch beim Bundeskinderschutzgesetz, in dem einheitliche Standards festgelegt werden, sowie beim Amtsvormundschaftsgesetz.

Weiterhin informiert er über die Aktion „Jugendamt on Tour“, mit der sich das Jugendamt auf neue Art präsentiere. Das Jugendamt bietet für Interessierte Sprechstunden vor Ort an, so z.B. am 19. März 2011 auf der Landauer Wirtschaftswoche.

Der Kindertag in Landau in der Pfalz findet dieses Jahr am 04. Juni statt.



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

Besichtigung des Hauses der Jugend und Vorstellung der Abteilung "Jugendförderung"

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Schönhöfer, Leiter der Abteilung „Jugendförderung“ und Herrn Götz, Gebäudemanagement Landau, der über die baulichen Veränderungen und Planungen im Haus der Jugend informieren wird.

Herr Schönhöfer informiert in einer Powerpoint-Präsentation über die Aufgabenbereiche und einzelne Tätigkeitsfelder im Bereich der „Jugendförderung“ und stellt die Mitarbeiter vor.

Herr Schmitt, Haus der Jugend, berichtet anschließend, dass – in der Nachfolge der Zivildienstleistenden - zwei Bewerbungen für ein Freiwilliges Soziales Jahr im Haus der Jugend vorliegen. Er verspricht sich hiervon eine inhaltliche Bereicherung und dankt für die Einrichtung der Stellen.

Weiterhin teilt er mit, dass das Projekt „sozial engagierte Jungs“ kurz vor dem Abschluss stehe. 7 Jungs haben teilgenommen; seitens der Kindertagesstätten gab es sehr positive Rückmeldungen. Er hoffe, dass das Projekt gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Realschule fortgeführt werden könne.

Herr Schönhöfer hebt hervor, dass sich auch hier zeige, dass eine Vernetzung von Jugendamt und Schulen erforderlich und sinnvoll sei.

Im Anschluss erkundigt sich Herr Kolb, wie häufig Kontrollen in Diskotheken - insbesondere in Bezug auf Alkoholausschank für Minderjährige - durchgeführt werden. Er verweist auf die Notwendigkeit von Ausschankkontrollen bei Weinfesten.

Herr Eisenstein und Herr Schönhöfer antworten, dass Kontrollen regelmäßig bei Bedarf und aufgrund konkreter Informationen erfolgen. Die Veranstalter sind zur Einhaltung der Vorschriften verantwortlich. Herr Peter, Polizeidirektion Landau, ergänzt, dass im Fachkreis Jugendschutz in Absprache mit den Kommunen festgelegt werde, welche Weinfeste kontrolliert werden. Herr Dawo ist der Ansicht, dass Alkoholmissbrauch nicht vollständig verhindert werden könne. Frau Schwarzmüller interessiert in Bezug auf einen aktuellen Fall, ob auch Kontrollen zu „K.O.-Tropfen“ stattfinden. Herr Eisenstein teilt mit, dass hier eine enge Abstimmung mit der Polizei vorliege und das Jugendamt informiert und beteiligt sei.

Danach berichtet Herr Götz, Gebäudemanagement Landau, über die Sanierungsarbeiten im Haus der Jugend.

Bisher umgesetzt wurden insbesondere die Sanierung der Außenfassade, der Einbau neuer Fenster und die Dämmung des Daches. Hierbei wurde den Vorschriften des Denkmalschutzes und des Tierschutzgesetzes (Fledermäuse!) Rechnung getragen. Auch die benachbarten ehemaligen Räume der VHS wurden saniert und sollen nach Nutzung durch das Umweltamt mit dem Haus der Jugend verbunden werden. Noch durchzuführende Maßnahmen sind u.a. der Austausch der Heizung, Elektrikarbeiten, Sanierung der Sanitäranlagen und das Auftragen eines Außenputzes. Insgesamt sind bis zum Abschluss der Sanierungsmaßnahme im Jahr 2013 Ausgaben in Höhe von 1,5 Millionen Euro eingeplant.

Der Vorsitzende dankt dem Gebäudemanagement für die geleistete Arbeit und den Stadträten für die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel. Er erwähnt, dass Auszubildende der VR-Bank im Rahmen eines Freiwilligentages bei Arbeiten im Innenbereich mithelfen werden.

Anschließend erfolgt ein Rundgang durch die Räumlichkeiten des Hauses der Jugend für interessierte Ausschussmitglieder.

Der Vorsitzende resümierte, dass durch die Sanierungsmaßnahmen nicht nur die bauliche Substanz des Gebäudes verbessert und erhalten werde, sondern auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen nachhaltig optimiert wurden.





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

Sonstiges

Sonstige Mitteilungen erfolgten bereits im Anschluss an TOP 3.



Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 24.02.2011 umfasst 4 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch

Gisela Beck  
Schriftführer